

ÜBERSICHT

IN EIGENER SACHE

1. Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen: Brottütenaktion in Brandenburg
2. Neue Blogreihe: „Wir kümmern uns. Für eine Care Revolution in Brandenburg“

AKTUELLES

3. Öffentliche Information zum Schwangerschaftsabbruch ist verboten – Ärztin von Kriminalisierung betroffen
4. Kürzung des Kindesunterhalts ab 2018
5. #MeToo schlägt Wellen bis zum EU-Parlament
6. Aufklärung Genitalverstümmelung

VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

1. Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen: Brottütenaktion in Brandenburg

Der 25. November ist seit 1999 der internationale UN-Gedenktag, um gegen jegliche Unterdrückung und Gewalt an Frauen zu kämpfen.

Er erinnert an die drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 wegen ihrer politischen Aktivitäten gegen die Diktatur auf der Dominikanischen Republik nach monatelanger Verfolgung und Folter ermordet wurden.

Im ganzen Land Brandenburg beteiligen sich jedes Jahr zahlreiche Kommunen an der Fahnenaktion von »Terre des Femmes«, die bundesweit durchgeführt wird. Am 25. November 2001 ließ die Frauenrechtsorganisation zum ersten Mal die Fahnen wehen, um ein Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Die Fahne mit der Aufschrift »NEIN zu Gewalt an Frauen – frei leben ohne Gewalt« wird an diesem Gedenktag gehisst, um ein sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen zu setzen. Begleitet wird der Aktionstag mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen.

In Brandenburg wurden in diesem Jahr zum ersten Mal 250.000 Brottüten im ganzen Land verteilt um auf die örtlichen Hilfsangebote aufmerksam zu machen. Alle Infos dazu, wie auch eine Presseschau, finden sich [hier](#).

2. Neue Blogreihe: „Wir kümmern uns. Für eine Care Revolution in Brandenburg“

Viele Hebammen bangen derzeit um ihren Beruf; in den KiTas fehlt es an Erziehenden und Betreuungsplätzen und in Krankenhäusern und Pflegeheimen wird immer mehr Pflege eingespart. Diese drei Beispiele weisen auf eine Krise hin, die jede und jeden trifft und jeden Tag spürbar ist: Die Krise der sozialen Reproduktion. Sie bedeutet, dass immer mehr Menschen, die – bezahlt oder unbezahlt – pflegen, erziehen, bilden, unterstützen, Hausarbeit verrichten, u.v.m., an ihre seelischen und gesundheitlichen Grenzen kommen. Sie bedeutet, dass immer weniger Menschen, die der Sorge und Pflege durch andere bedürfen, adäquat versorgt werden. Zeit wird zu einem Luxus, Geld bestimmt über die Qualität der Sorge und die sozialen Sicherungsnetze werden immer weiter abgebaut.

„Wir kümmern uns! Für eine Care Revolution in Brandenburg“ – so heißt die neue Beitragsreihe auf dem Blog des FPR. Wir wollen die Vielfalt der gesellschaftlich so bedeutsamen Sorgearbeit sichtbar machen und suchen dafür eure Beiträge:

Teilen Sie Ihre Erfahrungen, Erlebnisse, Probleme und Sorgen mit uns. Beschreiben Sie Euren (Arbeits-) Alltag und formulieren Sie Ihre Wünsche an die Politik: Was brauchen Sie, um Ihrem Beruf, sowie Ihrer Verantwortung Ihren Familien und Freunden, und auch euch selbst gegenüber gerecht zu werden? Was brauchen Sie, um adäquat versorgt zu werden? Wir suchen keine ausgefeilten wissenschaftlichen Aufsätze, sondern Erfahrungsberichte aus Ihrem beruflichen und privaten Alltag: Wir wollen konkret machen, was uns verbindet und auf dieser Grundlage gemeinsam sichtbar, hörbar und aktiv werden: Für eine Gesellschaft, in der Sorgearbeiten als unverzichtbare Grundlage menschlichen Daseins anerkannt und wertgeschätzt werden und in der die Menschen, die sie verrichten und die, die sie benötigen, sozial abgesichert sind.

Machen Sie mit, wir freuen uns auf Ihre Beiträge die ab jetzt jeden Donnerstag [hier](#) erscheinen.

Bisher erschienen:

- [Interview mit Martina Schulze: „Wir brauchen jetzt tätige Hilfe von der Politik und der Bevölkerung, nicht nur Absichtserklärungen“](#)
- [Fachtag „Gewaltschutz für Mädchen und Frauen mit Behinderungen“](#)
- [Mehr Zeit für Sorgearbeit – von Allen für Alle](#)
- [Tourstop des Info-Bus vom Deutschen Hebammenverband in Potsdam – ein Rückblick](#)

AKTUELLES

3. Öffentliche Information zum Schwangerschaftsabbruch ist verboten – Ärztin von Kriminalisierung betroffen

Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland illegal, aber unter bestimmten Bedingungen straffrei. Die Ärztin Kristina Hänel ist nun vom Amtsgericht Gießen wegen Werbens für den Abbruch einer Schwangerschaft (§219a StGB) zu 6.000 Euro Strafe verurteilt worden, nachdem sie von Abtreibungsgegner*innen angezeigt wurde.

Dabei fordern Ärztinnen-, Juristinnen- und Frauenverbände schon lange die Abschaffung des veralteten §219, nach welchem transparente Informationen und Aufklärung über Schwangerschaftsabbrüche als Werbung gelten, sogar wenn lediglich, wie im Fall Kristina Hänel, auf der eigenen Webseite ein Hinweis auf die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu finden ist.

Der Deutsche Juristinnenbund schätzt den §219 als unverhältnismäßigen Eingriff in die Berufsfreiheit ein, da der Paragraph auch reine Sachinformationen kriminalisiert. Die gesamte Stellungnahme finden Sie [hier](#).

Als weitere Informationsquelle dient eine Stellungnahme des Arbeitskreises Frauengesundheit in

Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF). Diese finden Sie [hier](#).

Außerdem wurde eine umfangreiche Aufklärungskampagne gestartet. Kristina Hänel hat eine Petition für das [Informationsrecht für Frauen zum Schwangerschaftsabbruch](#) angelegt, die noch unterzeichnet werden kann und am 12. Dezember dem Deutschen Bundestag vorgelegt werden soll. Spenden und Solidaritätskampagnen können über die [Unterstützer*innenseite](#) koordiniert werden. Dort finden Sie auch weitere Informationen, Solidaritätsbekundungen und das Spendenkonto.

4. Kürzung des Kindesunterhalts ab 2018

Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. hat sich in einem offenen Brief an die Urheber der „Düsseldorfer Tabelle 2018“ gewandt. Nach dieser vergrößert sich ab 01.01.2018 die Gruppe der Kinder, die von Mindestunterhalt leben müssen, enorm. Kritiker*innen bemängeln schon lange, dass der Mindestunterhalt lediglich das Existenzminimum sichert. Ab 2018 können unterhaltspflichtige Elternteile zu Ungunsten ihrer Kinder sparen, wobei die Kinder 10-43 € im Monat weniger zur Verfügung haben.

Den offenen Brief des Verbandes und mehr Informationen zum Thema finden Sie [hier](#).

Hier ein Auszug aus der [Stellungnahme](#) des Deutschen Juristinnenbundes:

„Leider gar kein Anlass zum Jubeln!“ kommentiert die Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes e.V. (djb), Prof. Dr. Maria Wersig die vor einigen Tagen bekannt gewordenen Änderungen der Düsseldorfer Tabelle. Die Sätze für Kinder, die von ihren Eltern Barunterhalt erhalten, steigen ab 1. Januar 2018 um bis zu 7 € monatlich. Doch für die Masse der Kinder ist dies leider trotzdem ein Rückschritt, sie bekommen im Ergebnis sogar weniger Unterhalt. Denn gleichzeitig wurden die Einkommensgruppen angehoben und zwar um stolze 400 € je Stufe. Das führt dazu, dass die erwirtschafteten Einkommen nunmehr einer niedrigeren Einkommensgruppe zuzurechnen sind mit der Folge, dass der Kindesunterhalt tatsächlich sinkt. Dies ändert sich erst (wieder) bei Einkünften oberhalb von 4.300 € monatlich (netto). „In Zeiten steigender Gehälter, sinkender Arbeitslosenzahlen und sogar erhöhter Grundsicherungs- und Sozialhilfesätze einerseits und wachsender Kinderarmut vor allem in Haushalten von Alleinerziehenden andererseits ist das ein fatales Zeichen“, so die Präsidentin des djb weiter.

5. #MeToo schlägt Wellen bis zum EU Parlament

In den sozialen Netzwerken wie Facebook oder Twitter hat der Hashtag MeToo („Ich auch“) große Wellen geschlagen. Die Debatte um sexualisierte Belästigung, Diskriminierung und Gewalt wurde durch #MeToo neu belebt. Seither haben sich tausende Frauen global zu Wort gemeldet – von Hollywood bis Deutschland ist die Debatte nun auch in der europäischen Politik angekommen. Abgeordnete des Europäischen Parlaments berichten von Belästigung, Grabscherei und Verfolgung!

Deshalb fordert Terry Reintke, Europaabgeordnete und frauenpolitische Sprecherin der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament, eine EU-Richtlinie gegen Gewalt an Frauen und erhöhten Schutz für betroffene Frauen, die sich zu Wort melden. Das Frauennetzwerk Period.Brussels hat deshalb eine Unterschriftenkampagne gestartet. Diese können Sie [hier](#) unterzeichnen.

Schon jetzt ist deutlich, dass #MeToo eine gesellschaftsverändernde Wirkung hat. Opferberatungsstellen melden, dass sie derzeit und auch beim #Aufschrei größeren Andrang verzeichnen. „Viele Betroffene merken erst durch Medienberichte, dass sie nicht allein sind und manchmal sprechen sie zum ersten Mal mit irgendjemandem darüber“, sagt die Sprecherin des Bundesverbands der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe, Katja Grieger. „Hashtag-Debatten brechen Tabus.“ [Quelle](#)

Einen Beitrag von Claudia Sprengel auf dem Blog des FPR finden Sie [hier](#).

6. Aufklärung Genitalverstümmelung

Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen am 25. November wurde dieses Jahr eine Handreichung zum Thema weibliche Genitalverstümmelung veröffentlicht. Die Broschüre wurde vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie erstellt und trägt den Titel „Genitalverstümmelung in Brandenburg – Opfern wirksam helfen“. Sie richtet sich besonders an medizinisches Fachpersonal und Menschen in sozialen Berufen.

Die Broschüre klärt darüber auf, was weibliche Genitalverstümmelung (engl. FGM = female genital mutilation) ist und was die gesundheitlichen Folgen sind, sowie wer besonders betroffen ist und wo Fachberatung gefunden werden kann. Die Broschüre steht [hier](#) zur Verfügung.

Weibliche Genitalverstümmelung ist auch in Deutschland ein wichtiges Thema und erfordert besondere Aufklärung und die Bereitstellung von Informationen. Das Netzwerk „United to end FGM“ setzt sich für die Beendigung dieser Menschenrechtsverletzung ein, diesem hat sich die Landesgleichstellungsbeauftragte Monika von der Lippe angeschlossen.

VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

Viele spannende **Veranstaltungen** im Raum Brandenburg (und manchmal auch Berlin) finden Sie wie immer auf unserer [Webseite](#).

Bis zur nächsten Ausgabe der FPRmail wünscht Ihnen der Frauenpolitische Rat eine schöne entspannte Feiertage!

Falls Sie aus der Mailingliste von FPRmail gestrichen werden wollen, teilen Sie uns dies bitte per Mail mit. Wir freuen uns natürlich auch über jede/n, die/der sich [hier](#) neu darauf registrieren lassen will.

IMPRESSUM

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Zusammenschluss von 22 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

Verantwortlich: Verena Letsch

Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam

Fon: 0331 – 280 35 81,

Mail : kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Web : www.frauenpolitischer-rat.de

Besuchen Sie uns auch auf [Facebook](#)!



Der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. bedankt sich für die Förderung durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen, Gesundheit und Familie.